

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/76

Bonn, den 23. April 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Wir sichern die Zukunft 75

Von Heinz Kühn,
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

3 Sozialdemokraten offensiv 52

Die CDU zieht sich in abgelegene Zonen zurück
Schleswig-Holstein vor Kommunalwahlen

4 Kleinnütige Bitte aus Athen 44

Junta fürchtet die Suspendierung des Assoziierungsabkommens
Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

"Mutti, bleib lieber zu Hause..."
Warum sind die Frauen auf Parteitagen so unterrepräsentiert?
Ketzerische Gedanken einer Gastdelegierten
Kindergeld künftig in die Hand der Mütter?
SPD Heidelberg-Land stellte einen Initiativantrag
Christl Traxl wurde Gemeindevorsteherin

Wir sichern die Zukunft

Von Heinz Kühn,
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

Das Jahr 1967 war ein bedrückend schweres Jahr: Leere Staatskassen, absinkende Beschäftigung, hochgetürmte Kohlenhalden, sich ausbreitende Krisenempfindungen, beginnende Staatsverdrossenheit.

Damals am Beginn des Jahres 1967 habe ich gesagt: "Es muß ein Jahr des mutigen Zupackens werden". Und wir haben alle miteinander in diesem Lande der Arbeit mutig und unverdrossen zugepackt und die Wende aus der wirtschaftlichen Rezessionskrise erzwungen. Das ist heute für viele schon halb vergessen, Vergangenheit.

Dem bedrückend schweren Jahr 1967 folgte ein aufwärtsführendes Jahr 1968, an dessen Beginn ich sagen konnte:

"Die Horizonte sind heller geworden". Und in der Tat: Wir haben viele tausend Arbeitsplätze neu geschaffen und gesichert. Wir haben mit dem Entwicklungsprogramm Ruhr neue Zuversicht ins Revier getragen und dieses traditionelle Industriegebiet, aus dem die Menschen abzuwandern begannen, wieder zu einer zukunftssicheren Industrielandschaft werden lassen, die einen wachsenden Magnetismus auf Menschen aller deutschen Landschaften ausübt.

Das Jahr 1969 hat die stabilisierende und fortschrittliche Tendenz weithin sichtbar verstärkt. Heute haben wir die Einheitsgesellschaft des Steinkohlebergbaus, heute hat sich die furchtbare Kohlenkrise der in den Himmel wachsenden Halden als Folge der Hochkonjunktur in einen bedrückenden Mangel an Koks und auch Kohle gewandelt. Welche Rechtfertigung für die mahnenden Appelle, daß die Kohle eine Zukunft habe und haben müsse, mit denen ich als Ministerpräsident dieses Landes und der heutige Bundesarbeitsminister Walter Arendt es damals für wahr nicht gerade leicht im Bundestag hatten!

Der Dank gilt allen

Wir haben Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung. Wir haben aber auch auf dem Gebiete des Bildungswesens wichtige Schritte nach vorn tun können. Wir haben das modernste Fachhochschulgesetz der Bundesrepublik für die Ausbildung unserer Ingenieure. Wir haben jetzt auch ein Universitätsgesetz für die wissenschaftlichen Hochschulen verabschiedet, das ebenfalls als das modernste der Bundesrepublik gelten kann. Und wie in keinem anderen Lande ist nunmehr die volle Lernmittelfreiheit und die Fahrgebührenbefreiung für alle Schüler gesichert.

Das Jahr 1970 wird nun das erste Jahr der Verwirklichung des Nordrhein-Westfalen-Programms 1975 sein, das die Notwendigkeiten der Zukunft des ganzen Landes, aller einzelnen Landesteile, umfaßt und

ihre Verwirklichung ermöglicht - von der Eifel bis Ostwestfalen, vom Siegerland bis zum linken Niederrhein.

Im Jahr 1970 wird auf dem Gebiet der Bildungspolitik der Ausbau unserer Hochschulen in einem Umfang wie in keinem anderen Bundesland in Angriff genommen, womit die Konsequenzen aus dem so erfreulich in unserem Volk wachsenden Bildungsbewußtsein gezogen werden.

Was geschaffen worden ist, war gewiß nicht allein der Erfolg der Regierung. Wir - das heißt wir alle, Regierung und Landtag, Gewerkschaften und Unternehmer; wir - heißt Bergleute und Stahlwerker, Arbeiter und Beamte, Bauern und Angestellte, Kaufleute und Industrielle, alle, deren Unternehmerinitiative und Arbeitsleistung unseren Aufstieg bewirkt haben. Ihnen allen hat der Ministerpräsident im Namen des ganzen Landes Dank zu sagen, Dank für das Geleistete.

Demokratie, kein Spielzeug

Es gilt aber auch uns Mittern zu bitten bei dem noch zu Leistenden. Demokratie als Gesellschaft mündiger Bürger verlangt Mitbeteiligung, Mitgestaltung, Mitverantwortung aller. Hunderttausende junger Menschen werden, nun 18jährig geworden, in diesem Jahr - erstmalig in unserer Geschichte - entscheidungsberechtigt an die Wahlurnen gehen. Sie sind oft hellhöriger für das, was in unserer Gesellschaft noch unzulänglich, noch verbesserungswürdig, hier und dort wohl auch faul ist. Sie sollen auf ihr kritisches Drängen nicht verzichten. Sie sollten aber auch erkennen, daß Demokratie kein Spielzeug für modisch sein wollendes Revoluzzertum ist, das oft dümmere als das dümmste Establishment.

Demokratie fordert Bereitschaft, Bereitschaft, seine Meinung zu sagen, seine Gesinnung zu bekunden, sich für das einzusetzen, was man nach sorgfältigem Urteil vor seinem Verstand und seinem Gewissen für richtig erkannt hat.

Demokratie fordert auch die Toleranz, aufeinander zu hören, die Meinung des anderen zu achten, Respekt für andere Gesinnungen zu empfinden. So wünsche ich mir die junge Generation unseres Landes, und es ist dies nicht mein geringster Wunsch für das Jahr 1970.

Sozialdemokraten offensiv

Die CDU zieht sich in abgelegene Zonen zurück Schleswig-Holstein vor Kommunalwahlen

Am 26. April werden rund 1,8 Millionen wahlberechtigte Schleswig-Holsteiner, darunter 97.000 Jungwähler von 18 Jahren an aufwärts, zur Kommunalwahl gehen. Es ist zu entscheiden über die Ratsversammlungen der vier Städte Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster, über die Kreistage von zwölf Landkreisen und über die Gemeindeparlamente von rund 1200 Kleinstädten und Dörfern.

Der Wahlkampf, der gegenwärtig im nördlichen Bundesland geführt wird, hat vor allem kommunalpolitische und landespolitische Akzente. Das Wahlergebnis wird darüber entscheiden, ob die Sozialdemokraten Schleswig-Holsteins ihren Sprung nach vorn fortsetzen und die bisherige Allmacht der CDU auf dem flachen Lande eindämmen können. Wahlbeobachter sagen erhebliche Einbrüche in den CDU-Hochburgen voraus, nachdem die vier Städte bereits von sozialdemokratischen Oberbürgermeistern regiert werden.

Es muß daran erinnert werden, daß die SPD es war, die in Schleswig-Holstein wünschte, das aktive Wahlalter von 21 auf 18 Jahre herabzusetzen. Die CDU folgte erst, als es gar nicht mehr anders ging. Im Landtag hat die SPD sich noch nicht mit dem Vorschlag durchgesetzt, auch das passive Wahlalter herabzusetzen.

Es muß ferner daran erinnert werden, daß in der Wahlnacht die Gebietsneuordnung von Schleswig-Holstein rechtswirksam wird. Die CDU hat es längst aufgegeben, diese Gebietsreform als großen Erfolg zu feiern. Die Sozialdemokraten hatten es seinerzeit im Landtag abgelehnt, die Zahl der Landkreise von bislang 17 auf nur 12 zu reduzieren. Der SPD geht es nach wie vor um große entwicklungsfähige Zentren als Kristallisationspunkte mit ausreichendem Umsatz. Sie wünscht wenige große Landkreise mit einer schlagkräftigen Verwaltung, die auch für den kleinen Mann da ist, und mehr Land zur Entwicklung der vier großen Städte.

Das landespolitische Thema Schulreform hat sich im Wahlkampf nach vorn geschoben. Unter großen Mühen konnte der neue Kultusminister Professor Walter Braun (CDU) es bei seiner Partei durchsetzen, daß wenigstens allmählich Versuche mit kooperierter Gesamtschulen anlaufen sollen. Den Sozialdemokraten genügt das nicht: Sie wünschen voll integrierte Gesamtschulen als Ganztagschulen mit einer Vorschuljahr und einem Berufsbildungsjahr, also mindestens die zehnjährige Schulpflicht nach dem Beispiel Schwedens.

Auch in einem weiteren Punkt sieht die CDU im Norden sich in diesem Wahlkampf in die Enge getrieben. Die Sozialdemokraten verlangen kategorisch, daß die dem finanzschwachen Schleswig-Holstein zur Verfügung stehenden geringen Investitionsmittel schwerpunktartig auf zentrale Orte verteilt werden. So sollen sich in der Provinz industrielle Kristallisationspunkte herausbilden. Auf diese Weise hoffen die Sozialdemokraten Schleswig-Holsteins, endlich soviel Arbeitsplätze in der Industrie schaffen zu können, daß Schleswig-Holstein mit anderen Bundesländern gleichziehen kann.

Die CDU hält demgegenüber altväterlich an Subventionierungen nach dem Gießkannenprinzip für das flache Land fest, obwohl längst bewiesen ist, daß dadurch niemandem durchgreifend geholfen werden kann. Aber vielleicht ist schon darin eine Vorentscheidung der Kommunalwahl zu sehen, daß die Christdemokraten sich in Schleswig-Holstein in abgelegene Zonen zurückziehen.

Kleinmütige Bitte aus Athen

Junta fürchtet die Suspendierung des Assoziierungsabkommens

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Das Athener Militärregime konnte sein dreijähriges Jubiläum nicht in selbstzufriedener Genugtuung feiern. Der Beschluß des Außenministerausschusses der 15 Länder des Europarates in der vorigen Woche war der bisher härteste Schlag gegen die "nationale Revolution" seit dem Staatsstreich vom 21. April 1967. Mit Ausnahme Frankreichs, das sich der Stimme enthielt, verurteilten alle westeuropäischen Staaten Athen in schärfster Form, weil es mindestens 12 Artikel der Menschenrechtskonvention wiederholt verletzt habe. Auf der Grundlage des Berichtes der Menschenrechtskommission des Europarates, der im letzten Jahr erstellt und jetzt zur Veröffentlichung freigegeben wurde, ist die Junta aufgefordert worden, weitere Folterungen von Gefangenen zu unterbinden, freie Wahlen vorzubereiten und die elementarsten Grundrechte wiederherzustellen.

Dieser Beschluß kann historische Bedeutung gewinnen, weil er den Obristen, wenn sie sich einmal werden rechtfertigen müssen, nicht erlaubt, sich auf Unkenntnis zu berufen. Nach einem Sturz der Junta wäre ein zweiter Nürnberger Prozeß denkbar, aber diesmal auf den Gesetzen der Verhandlungen nach dem II. Weltkrieg beruhen würde, während der erste Nürnberger Prozeß mit nachträglich erstellten Paragraphen geführt worden ist.

Die Anklage des Europarates ließ die Athener Militärregierung nervös reagieren. Außenminister Pipineillis erklärte, die 15 westeuropäischen Länder seien Alliierte der Feinde Griechenlands. Trotz dem schrieb Pipineillis einen kleinmütigen Brief an Jean Rey, den Vorsitzenden der Europäischen Kommission. Darin bat er die Kommission, das Assoziierungsabkommen Griechenlands mit der EWG nicht zu überprüfen. - Drei Jahre lang hatten die Obristen das Europäische Parlament spöttisch das "Caféhaus" genannt. Jetzt mußten sie feststellen, daß die Mitglieder dieses "Caféhauses" nicht nur reden, sondern auch handeln können. Mitte Mai soll endgültig über die Suspendierung der griechischen Assoziierung mit dem Gemeinsamen Markt entschieden werden. Das muß die Obristen empfindlich treffen. So schrieb die Juntzzeitung "Estis", eine Suspendierung des Assoziierungsabkommens mit der EWG bedeute eine akute Gefahr für die griechische Agrarwirtschaft. Das stimmt, denn 38 Prozent der griechischen Gesamtausfuhr fließen auf den Gemeinsamen Markt, und 42 Prozent der griechischen Gesamteinfuhr kommen aus der EWG-Ländern. Unabhängig davon würde eine Suspendierung für die Zukunft alle Kapitalinvestitionen in Griechenland verhindern, deren Zahl bereits nach dem Putsch sowieso schon zurückgegangen ist.

Die Zeiten der bloßen Drohungen der Junta gegen den Westen sind vorbei. Die echten Freunde des griechischen Volkes in Straßburg haben dem Militärregime zu seinem dreijährigen Bestehen ein passendes Geschenk gemacht!